Protestbanner an Kraftwerksschornstein in Deuben

RUBEN NEUGEBAUER / GREENPEACE

Klima

Öko-Aktivisten verweigern sich

Die großen Umweltorganisationen in Deutschland wollen die Beratungen zum Klimaschutzplan 2050 boykottieren. Greenpeace, BUND, WWF und der Naturschutzbund Deutschland bleiben den in der kommenden Woche beginnenden Anhörungen fern, die das Bundesumweltministerium organisiert. Die Verbände protestieren damit gegen die Streichung von konkreten CO_2-Einsparzielen und Klimaschutzmaßnahmen durch das Bundeswirtschaftsministerium und das Kanzleramt. Der Klimaschutzplan war mit breiter Beteiligung von Bürgern, Verbänden und der Wirtschaft entwickelt worden. Ein zentrales Ergebnis war, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung schnell geschehen müsse. „Merkel muss das anerkennen und umsetzen, anstatt den Klimaplan zu verwässern“, kritisiert Greenpeace-Energieexperte Tobias Münchmeyer. Der Soziologe Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin warnt in einer noch unveröffentlichten Expertise, durch die Streichung der Ziele werde „die ohnehin schon vorhandene Entfremdung zwischen Bürgerschaft und politischer Klasse“ weiter verstärkt. gt

Müllentsorgung

Biotonne – nein danke!

Einige Landkreise in Baden-Württemberg weigern sich, die Biotonne einzuführen. Die separate Entsorgung von Grünabfällen verursache Mehrkosten von rund 50 Prozent für den Gebührenzahler, erklärte das Landratsamt des Alb-Donau-Kreises. In der ländlich geprägten Region sei die Eigenkompostierung die „bevorzugte Form der Bioabfallverwertung“. Die „abzuschöpfenden Mengen“ seien deshalb gering. Ähnlich argumentieren Vertreter von fünf weiteren Kreisen. Der Stuttgarter Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) pocht auf ein Bundesgesetz, das seit 2015 die Trennung von Biomüll überall vorschreibt. Der Kreistag des Alb-Donau-Kreises hatte beschlossen, er sehe „keine rechtliche Verpflichtung und sachliche Notwendigkeit der flächendeckenden Getrenntsammlung von Bioabfällen“. fri

IMAGO STOCK / IMAGO/OLIVER RING

EU

Exportkontrolle für Spähtechnik

In Brüssel wird über eine Verschärfung der Exportvorschriften für Überwachungstechnik gestritten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf hätte bereits diese Woche genehmigt werden sollen, wurde aber von Kommissionschef Jean-Claude Juncker überraschend auf die Tagesordnung der EU-Kommission am 28. September gesetzt. Dadurch kann der Inhalt noch abgeschwächt werden. Nach dem Arabischen Frühling hatten Menschenrechtler kritisiert, dass EU-Staaten Technik etwa zur Telekommunikationsüberwachung, Ortung und Gesichtserkennung in Länder lieferten, die sie gegen Oppositionelle einsetzten. „Die Beschränkung solcher Exporte ist richtig“, sagt der Grünen-Europaabgeordnete Jan Philipp Albrecht. Er sieht die Verzögerung als Beleg für den Einfluss der Industrie auf manche Mitgliedstaaten. aul

Beamte

„Beigeschmack“

Der Berliner Beamtenrechtsexperte **Ulrich Battis,** 72, zur Versetzung der Berliner Senatssprecherin in den „einstweiligen Ruhestand“ – mit 37 Jahren

SPIEGEL: Die Berliner Staatssekretärin Daniela Augenstein wurde kurz nach der Berliner Parlamentswahl in den Ruhestand geschickt. Viele empört das – zu Recht?
Battis: Rein rechtlich ist das ein normaler Vorgang. Durch die Begleitumstände, dass man vor der Wahl sagte, sie sei nur in Urlaub, und jetzt bekannt wird, dass man schon Anfang des Jahres beschlossen hatte, sich zu trennen, hat das natürlich einen Beigeschmack.
SPIEGEL: Erst im Dezember 2015 war Augenstein zur Beamtin auf Lebenszeit ernannt worden. Nun ist von der Rente mit 37 die Rede.
Battis: Sie kann nicht ewig spazieren gehen. Im einstweiligen Ruhestand hat sie Anspruch auf drei Monate volles Salär plus Übergangsgeld von gut 70 Prozent über maximal 22 Monate.
SPIEGEL: Sie bekäme womöglich auch danach noch ein sogenanntes Ruhegehalt …
Battis: Aber nur in Höhe von 35 Prozent ihrer vorherigen Bezüge. Also spätestens mit 39 Jahren müsste Frau Augenstein wohl wieder andere Einkünfte erzielen.
SPIEGEL: Könnte sie wieder dienstverpflichtet werden?
Battis: Prinzipiell ja. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür wurden unlängst sogar erweitert. Leider wird das nur viel zu selten angewandt. Und wenn sie will, könnte sie auch bei einem anderen Dienstherrn tätig werden. Für das Land Berlin wäre sie sogar ein Schnäppchen: Denn Übergangsgeld und neue Bezüge würden verrechnet. Und auch wenn sie in die Privatwirtschaft ginge, würde sich ihr Übergangsgeld entsprechend reduzieren. Ein darauf folgendes Ruhegehalt hätte sie dagegen, bis zu einer gewissen Grenze, obendrauf.
SPIEGEL: Möglicherweise hat man auch abgewartet, um Frau Augenstein eine bessere Versorgung zu sichern. Könnten Sie das verstehen?
Battis: Menschlich ja. Und auch wenn die Personalie unglücklich wirkt: Neid ist hier fehl am Platze. hip

SVEN DARMER / DAVIDS

Augenstein im April (r.)